

spotlight europe

2010/06 – Juni 2010

Spanien und das Ende europäischer Illusionen

Armando García Schmidt

Bertelsmann Stiftung, armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Spanien hatte sich von seiner EU-Ratspräsidentschaft schönere Tage erhofft. Denn rückblickend wurden diese sechs Monate völlig dominiert von der Wirtschaftskrise, die einem langen Boom ein jähes Ende setzt. Irritiert verfolgen die Spanier wie die tatsächlichen Probleme in den europäischen Medien aufgebauscht werden. Fest steht, dass das Land 25 Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vor großen Herausforderungen steht: wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich.

spotlight europe # 2010/06

Am 12. Juni 2010 feierten Spanien und Portugal in einem gemeinsamen Staatsakt die Unterzeichnung der Beitrittsabkommen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor 25 Jahren. Nicht nur symbolisch war der Beitritt zur EWG für die beiden damals noch jungen Demokratien bedeutsam. Die politische und wirtschaftliche Bilanz der Mitgliedschaft fällt für beide Länder positiv aus. Und auch umgekehrt gilt: Gerade Spanien hat sich in den vergangenen Dekaden immer wieder aktiv in europäische Debatten eingebracht und den Integrationsprozess positiv verstärkt.

Und dennoch fremdelt Spanien heute mit Europa und Europa mit Spanien. Symbolhaft auch hierfür die Feierlichkeiten am 12. Juni: Spanier und Portugiesen blieben

unter sich. Allein der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, fand den Weg nach Lissabon, sonst niemand aus Brüssel, Berlin, Paris oder London. Schlimmer noch, das europäische Ausland hat den historischen Termin überhaupt nicht bemerkt. Stattdessen ergötzte sich die europäische – allen voran die deutsche – Presse an erfundenen Krisenszenarien: Die Regierung in Madrid stehe vor der Pleite und werde in Kürze auf den Rettungsfond für angeschlagene Euro-Staaten zugreifen.

Spanien gemeinsam mit Griechenland und anderen „Südstaaten“ als Problem macht erzähl- und nachrichtentechnisch Sinn und funktioniert in der aktuellen Situation als sich selbst erfüllende Prophezeiung:

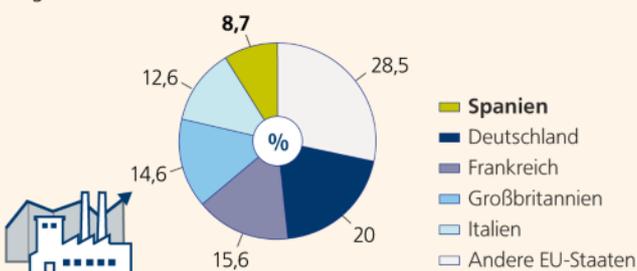
Mit jeder Meldung steigt die Hysterie der Märkte und mit ihr die Kosten zur Refinanzierung der Staatsschulden und das Misstrauen gegenüber Banken des betroffenen Landes. Für anderes scheint kein Platz mehr: Die spanische EU-Ratspräsidentschaft, die im Juni endet, findet in der öffentlichen Debatte außerhalb Spaniens schon lange nicht mehr statt.

Es steht außer Frage, dass sich Spanien in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise befindet. Die Krise ist aber nicht eine rein spanische, sie legt auch Webfehler des europäischen Integrationsprozesses offen und droht auch die Beziehungen zwischen Spanien und Europa zu

Global Player von der Iberischen Halbinsel

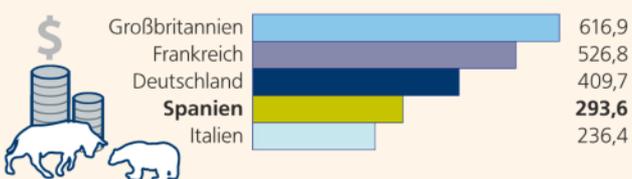
Anteil der Volkswirtschaft am BIP der EU 27

Angaben in Prozent



Börsenwert der zehn größten nationalen Unternehmen

Angaben in Mrd. USD



Quellen: IWF 2009, Forbes Ranking 2009

© Bertelsmann Stiftung

belasten. Abschied von Illusionen und energischen Reformen sind angesagt - aber nicht nur in Spanien.

Erste Illusion: Kohärenz gibt es zum Nulltarif

Nach wie vor ist einer der Kerngedanken der europäischen Integration, die wirtschaftliche Leistungskraft und damit auch die Lebensbedingungen in den Mitgliedschaften anzugleichen. Die Illusion, die Heterogenität würde alleine mit dem gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung verschwinden, ist am spanischen Beispiel zerbrochen.

Der spanische Wirtschaftsboom war ein geliehener, zu niedrig waren die Zinsen der Europäischen Zentralbank für die nach innen orientierte und im europäischen Vergleich nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft des Landes. Der Beitritt zur Währungsunion entfachte einen Konsum- und Bauboom, den das Land und der Kontinent in dieser Form noch nicht gesehen hatten: Bis 2007 wurden in einem Jahr zeitweise mehr Wohneinheiten in Spanien gebaut als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. Die hohe Einwanderung nach Spanien - inoffiziellen Schätzungen zufolge kamen rund 5 Millionen Zuwanderer seit 1999 nach Spanien - und der Ansturm von Nord- und Mitteleuropäern auf Zweitwohnungen an den spanischen Küsten erklären den Bedarf nur zum Teil. Tatsächlich ließen sich viele Spanier und auch institutionelle Anleger aufgrund der niedrigen Zinsen und der steigenden Immobilienpreise dazu

hinreißen, mit Immobilien zu spekulieren. Finanzierungsangebote der lokalen Sparkassen machten den Kauf einer Immobilie auch für Einkommensschwache attraktiv.

Wachstumsraten von im Schnitt 3% machten Spanien zu einem der gefragtesten Investitionsländer in der EU. Der Wohlstand

wuchs spürbar und auch die exportorientierten europäischen Partner - allen voran Deutschland - freuten sich über die scheinbar unaufhörlichen Absatzzuwächse. Die Gefahren des geliehenen Wachstums wurden nicht gesehen oder kleingeredet.

den Mehrausgaben gehörten neben den Aufwendungen für das Arbeitslosengeld auch Konjunkturprogramme, wie sie 2008 und 2009 in fast allen europäischen Staaten eingesetzt wurden, um die Wirtschaft nicht ganz ins Bodenlose stürzen zu lassen. Das spanische Haushaltsdefizit ist

Spanische Europapolitik im Wandel der Zeit		
Dezember 1982 – Mai 1996	Mai 1996 – April 2004	Seit April 2004
<p>Ministerpräsident Felipe González (PSOE)</p> <ul style="list-style-type: none"> Januar 1986 Spanien tritt der EG bei Februar 1988 Reform der europäischen Strukturfonds begünstigt die wirtschaftlich schwachen Regionen in Spanien mit Fördermitteln in Milliardenhöhe Januar – Juni 1989 Spanien übernimmt erstmals die EG-Ratspräsidentschaft Mai 1994 Spanien wird zum größten Nutznießer des neugeschaffenen Kohäsionsfonds Juli – Dezember 1995 Spanien übernimmt erneut die EU-Ratspräsidentschaft November 1995 Auf Initiative der spanischen Ratspräsidentschaft wird die euro-mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess) gegründet 	<p>Ministerpräsident José María Aznar (PP)</p> <ul style="list-style-type: none"> Januar 1999 Spanien führt als Gründungsmitglied der Wirtschafts- und Währungsunion den Euro ein Januar – Juni 2002 Spanische Ratspräsidentschaft steht im Zeichen der Terrorismusbekämpfung Januar 2003 Aznar und sieben weitere EU-Staats- und Regierungschefs erklären im Vorfeld des Irak-Kriegs ihre Solidarität mit den USA und spalten damit die EU November 2003 Aznar fordert Sanktionen gegen Deutschland und Frankreich wegen der Nichteinhaltung des Stabilitätspakts Dezember 2003 Einigung über den Verfassungsvertrag scheitert am Veto von Spanien und Polen 	<p>Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE)</p> <ul style="list-style-type: none"> Juni 2004 Nach der Aufgabe der spanischen Blockadehaltung einigen sich die EU-Staats- und Regierungschefs über den Verfassungsvertrag Februar 2005 Beim konsultativen Referendum zum Verfassungsvertrag stimmen 77 Prozent der Spanier mit „Ja“ Dezember 2005 Bei den Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen 2007-2013 sichert sich Spanien seinen Status als Nettoempfänger sowie die weitere Förderung durch die Struktur- und Kohäsionsfonds Juli 2008 Senat und Abgeordnetenhaus ratifizieren den Vertrag von Lissabon Januar – Juni 2010 Spanien übernimmt als erster Mitgliedstaat nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die EU-Ratspräsidentschaft

© Bertelsmann Stiftung

Die Immobilienblase platzte mit der internationalen Finanzkrise. Der Bausektor, der 2007 noch 7% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beigetragen hatte, kollabierte. Die Immobilienpreise fallen seither stetig und die Arbeitslosigkeit steigt auf traurige Rekordwerte: Im zweiten Quartal 2010 steht die Arbeitslosenquote bei 20%. Unter jungen Erwachsenen beträgt sie sogar 40%. Die Hälfte aller Arbeitsplätze ging im Baugewerbe verloren. Infolge der hohen Arbeitslosigkeit brach auch der Konsum ein, allein 2009 um 6%.

Seither verharrt Spanien in der Rezession. Auch für 2010 wird ein Rückgang des BIP von 0,4% prognostiziert. Erst ab 2011 soll Spanien als letzte große Volkswirtschaft der Euro-Zone wieder moderat wachsen.

Folge für den Staatshaushalt sind sinkende Steuereinnahmen und beträchtliche Mehrausgaben. 2009 nahm der Staat 15% weniger Steuern als im Vorjahr ein. Zu

dadurch von 4,1% des BIP im Jahr 2008 auf 11,2% im Jahr 2009 angewachsen.

Zugute kommt Spanien, dass alle Regierungen bis zum Ausbruch der Krise gut gehaushaltet haben. In den Jahren des Wachstums wurden Budgetüberschüsse von bis zu 2% des BIP erwirtschaftet. Die Politiker haben der Versuchung widerstanden, den Staat über Gebühr aufzublähen. Die Staatsquote wurde bis 2007 auf im europäischen Vergleich niedrige 39% gesenkt (Deutschland 43%, Frankreich 52%). So ist zu erklären, warum die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft mit 53% auch 2010 noch unter dem EU-Durchschnitt und weit niedriger als in Deutschland (73%) oder Frankreich (78%) sind.

Ein weiterer Aktivposten der spanischen Wirtschaft bleibt oft ungenannt: In Spanien haben sich starke global agierende Unternehmen etabliert. Das Forbes-Magazine

zählt zu den 40 größten Global Playern drei spanische Unternehmen (und zwei deutsche). Die spanischen Großbanken, Santander und BBVA, und das ehemals staatseigene Telekommunikationsunternehmen Telefónica haben ihre europäischen Mitbewerber lange hinter sich gelassen und gewährleistet, dass Spanien an der Erholung der Weltwirtschaft partizipiert. Sie sind vor allem in den Wachstumsmärkten Lateinamerikas aktiv.

Dass die großen spanischen Privatbanken ungleich besser als ihre europäischen Konkurrenten durch die Finanzkrise kamen, ist der spanischen Finanzaufsicht zu verdanken, die Spekulationen mit US-amerikanischen Schuldverschreibungen verboten und für hohe antizyklische Rücklagen während des Booms gesorgt hatte.

Anders sieht das Bild bei den mehr als fünfzig Sparkassen aus, die unter den zunehmenden Ausfällen der heimischen Immobilienkredite leiden. Erste Zusammenführungen von Sparkassen hat die Zentralbank bereits erzwungen. Der Einsatz millionenschwerer Rettungspakete wie in Deutschland war bisher jedoch nicht nötig. Meldungen der deutschen Presse, das spanische Bankwesen stehe kurz vor dem Zusammenbruch, waren haltlos, entfalten gleichwohl ihre ungute Wirkung bei der Versteigerung spanischer Staatsanleihen Mitte Juni. Die Meldungen wurden nicht nur von der Madrider Regierung und der Europäischen Kommission sondern auch von deutschen Regierungsmitgliedern nachdrücklich als falsch bezeichnet. Um das Vertrauen in die Stabilität des spanischen Bankensystems wiederherzustellen hat die spanische Regierung während des Abschlussgipfels ihrer EU-Ratspräsidentschaft am 17. Juni durchgesetzt, dass Stresstests europäischer Banken zukünftig veröffentlicht werden.

II

Reformspagat zwischen Sparen und Wachstum

Der mit der Währungsunion einhergehende Wirtschaftsboom in Ländern wie Spanien und Irland hatte die Hoffnung genährt, die wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb des Euro-Raumes würden sich von selbst erledigen. Am Ende des Booms tre-

Wirtschaft und Finanzen: Sorgenkind Spanien



Unsichere wirtschaftliche Entwicklung

Nach der Krise kommt die Wirtschaft in Spanien langsamer in Schwung als im Rest der EU. Nach dem drastischen Einbruch von **3,7 Prozent** im Vorjahr schrumpft die Wirtschaft auch 2010 um **0,8 Prozent**. Erst 2011 kehrt Spanien wieder auf den Wachstumspfad zurück (**+1 Prozent**).



Arbeitslosigkeit schnell nach oben

Die Arbeitslosenquote hat sich seit 2007 von 8,3 auf fast **18 Prozent** (insgesamt 4,3 Mio. Arbeitslose) mehr als verdoppelt – damit ist Spanien das Schlußlicht in ganz Europa. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei etwa **40 Prozent**.



Staatsverschuldung steigt

Bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise lag die Staatsverschuldung mit **36 Prozent** des BIP (2007) deutlich unter der Maastricht-Grenze. Seitdem ist die Schuldenquote bis 2009 auf **54 Prozent** gestiegen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht: Laut EU-Kommission droht bis 2011 ein weiterer Anstieg auf **74 Prozent**.



Neuverschuldung klettert

Nach zuvor drei Jahren mit Haushaltsüberschüssen hat Spanien 2008 und 2009 die 3-Prozent-Defizitgrenze verfehlt. Fehlende Steuereinnahmen, gestiegene Sozialausgaben und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung haben die Neuverschuldung bis auf **11 Prozent** des BIP anwachsen lassen.

Quellen: Europäische Kommission

© Bertelsmann Stiftung

ten die Unterschiede der Volkswirtschaften in der Euro-Zone jedoch schärfer zu Tage, die betroffenen Volkswirtschaften sind verwundbarer als zuvor. Schmerzhaft-

te Reformen am spanischen Wirtschaftsmodell sind ebenso notwendig wie eine Grundrenovierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Wirtschafts- und ordnungspolitisch steht Spanien vor einem Spagat: Zum einen müssen die Schulden des Staates radikal zurückgefahren werden. Erklärtes Ziel der Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero ist es, bis 2013 das Haushaltsdefizit wieder auf 3% zu drosseln und damit wieder den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu entsprechen. Bereits im Januar 2010 hatte die sozialistische Regierung ein Sparprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro vorgelegt. Im Mai kam ein weiteres Sparprogramm hinzu, mit dem bis Ende 2011 weitere 15 Milliarden Euro gespart werden sollen. Die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfond haben den eingeschlagenen Weg für gut befunden.

Noch ist jedoch unklar, wie neues Wachstum entstehen kann. Die Schwachstellen der spanischen Wirtschaft sind nach wie vor ihre mangelnde Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Der spanische Arbeitsmarkt krankt an einer Zweiteilung in einen unflexiblen Teil für Langzeitbeschäftigte, die fast unkündbar sind, und einem nahezu unregulierten Bereich, auf dem die Arbeitnehmer sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hangeln müssen.

Die sozialistische Regierung hat nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Sozialpartnern Mitte Juni einen Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsmarktes vorgelegt. Ob es der Minderheitsregierung gelingen wird, das Gesetz durch das Parlament zu bringen, ist nicht sicher. Die konservative Volkspartei verharret in ihrer Obstruktionshaltung. Die kleine Partei der katalanischen Christdemokraten könnte wie schon beim Sparpaket im Mai zum Mehrheitsbeschaffer werden.

Doch es geht um mehr als die Reform des Arbeitsmarktes. Spanien muss Wachstum in gänzlich neuen Bereichen schaffen. Bil-

dung und Forschung sind hier die obersten Prioritäten. Schon seit Langem leidet das spanische Bildungswesen an einem Reformstau. 30% aller Jugendlichen brechen die Schule vorzeitig ab. Die PISA-Studien der OECD zeigen, dass das spanische Schulsystem im europäischen Vergleich ineffizient ist. Auch die berufsorientierte Ausbildung ist vernachlässigt. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung liegen nach wie vor unter dem europäischen Durchschnitt. Die spanische Regierung muss also das gesamte Wachstumsmodell des Staates neu erfinden.

Doch auch Europa muss sich von der Illusion, Kohärenz sei zum Nulltarif zu haben, verabschieden. Gemeinsame Währung und Zentralbank alleine sind zu schwach, um die Heterogenität der Volkswirtschaften zu nivellieren. Im Gegenteil: Spanien und Irland zeigen, dass asymmetrische Schocks die Unterschiede in der Entwicklung sogar noch vertiefen. Die ersten Schritte in Richtung einer stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, wie sie am 17. Juni von den Regierungschefs beschlossen wurden, weisen in die richtige Richtung. Ob sie allerdings ausreichend sein werden, die unterschiedlichen Volkswirtschaften auf einen gemeinsamen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen, wird sich erst zeigen. Wenn es darum geht, die Entwicklung gefährlicher langfristiger Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzen einzuschränken, darf es in Zukunft jedoch keine Tabus geben.

III

Zweite Illusion: Demokratie ist Konfrontation

Die spanische Demokratie hat sich in 30 Jahren als äußerst robust erwiesen. Großen Herausforderungen ist die spanische Gesellschaft mit relativer Gelassenheit und Offenheit für den Wandel begegnet, vom separatistischen Terrorismus über die islamistischen Anschläge von 2004 bis hin

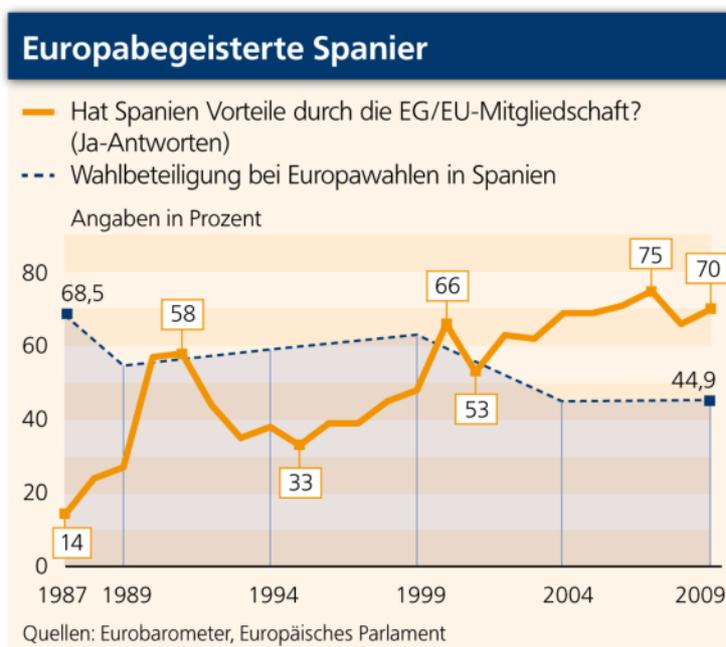
zum rasanten Wandel vom Aus- zum Einwanderungsland.

Diese Grundeigenschaften scheinen die spanische Gesellschaft auch durch die aktuelle Krise zu führen. Bisher haben weder die immer spürbareren Folgen der Krise noch die Reformanstrengungen der Regierung zu Stürmen der Entrüstung oder gewalttätigen Ausschreitungen wie in Griechenland geführt. Die Sozialpartner halten sich an die eingeübten Formen politischer Auseinandersetzung. Von Hysterie ist keine Spur. Ein erster Streik des öffentlichen Dienstes gegen das zweite Sparpaket der Regierung fand nur wenig Widerhall bei den Betroffenen. Gegen die Arbeitsmarktreform der Regierung ging niemand spontan auf die Straße. Erst im September wollen die Gewerkschaften ihre Kräfte mit der sozialistischen Regierung messen, wenn diese den Haushalt für 2011 durch das Parlament bringen muss.

Und dennoch geben aktuelle Umfragen Grund zur Sorge um die spanische Demokratie. Das stabile Zweiparteiensystem - abgemildert allein durch die nationalistischen Parteien aus dem Baskenland, Katalonien und anderen Regionen - offenbart in der Krise einen Defekt, dessen Langzeitwirkung nicht abzusehen ist: Über Jahrzehnte haben sich die beiden führenden Parteien, der sozialistische PSOE und die konservative Volkspartei, PP, in einen Diskurs des gegenseitigen Abkanzeln und der Ausschließlichkeit der eigenen Position geübt.

Einen anderen Modus der politischen Kommunikation als den der unbedingten Konfrontation kennen die Parteien nicht. Statt in der Krise zusammenzurücken, hat sich in den zurückliegenden Monaten der verbale Graben zwischen den regierenden Sozialisten und der konservativen Opposition vertieft.

Die Spar- und Reformvorschläge von Oppositionsführer Mariano Rajoy liegen mit denen der Regierung auf einer Linie. Umso unverständlicher wirkt die gebetsmühlenartig wiederholte Grundkritik an der Regierung. Ein Gutteil der Kritik ist wahlaktischer Natur. Der PP hofft, dass die Regierung Zapatero, die über keine stabile Mehrheit im Parlament verfügt, spätestens im Herbst beim Versuch, den neuen Haushalt zu verabschieden, scheitert, und Neuwahlen unausweichlich werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit käme es dann



© Bertelsmann Stiftung

zu einem Regierungswechsel. Umfragen sehen die Volkspartei aktuell vor dem regierenden PSOE.

Die Obstruktionspolitik ist gleichwohl unverantwortlich. Sie schränkt die Handlungsfähigkeit der Regierung über Gebühr ein und zwingt sie, in weitreichenden Zukunftsfragen für das gesamte Land kleinen regional verankerten Partnern Mitsprache einzuräumen.

Spürbar sinkt die Toleranz der Wähler gegenüber dem aufgeregten Parteienstreit: Bei einer im Juni für El País durchgeführten Umfrage bejahten 88% der Befragten die Aussage „Sollten PSOE und PP versuchen, in der aktuellen Legislaturperiode

einen parteiübergreifenden Pakt zu schließen anstatt sich gegenseitig zu bekämpfen?“ Drastisch ist der Vertrauensverlust in die politische Elite: 86% der Befragten geben an, sie hätten nur noch wenig oder kein Vertrauen in Regierungschef Zapatero. 73% glauben nicht, dass Rajoy es besser machen würde. 77% sind der Meinung, dass Spanien generell andere Politiker an den Parteispitzen braucht. Die übergroße Mehrheit will keine Neuwahlen. Bei der Mai-Befragung des Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) geben 19% an, eines der Hauptprobleme des Landes seien die Parteien und ihre Führung.

Die Zahlen belegen, dass die spanische Politik gut daran täte, eine stärkere Geschlossenheit in der Krise zu zeigen. Dies muss nicht bis hin zur Bildung einer formalen Koalition gehen (wobei Sozialisten und Bürgerliche seit einem Jahr im Baskenland zeigen, dass sie auch dazu fähig sind). Doch das Festhalten an hergebrachten Mustern konfrontativer Politik ist schädlich. Sie engt die Beweglichkeit des gesamten Landes ein. Eine zunehmende Entfremdung von der Demokratie wäre nicht nur in der aktuellen Krisensituation fatal. Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust würden die extremen Ränder und die Nationalisten in den Regionen stärken - mit unkalkulierbaren Folgen.

IV

Dritte Illusion: Europa fühlt sich immer gut an

Ursprünglich sollte der Ratsvorsitz die außenpolitische Kür für Regierungschef Zapatero und sein sozialreformerisches Team sein. Plakativ waren die Ziele und groß sollten die Gipfel werden, die die Regierung des traditionell europafreundlichen Landes sich vorgenommen hatte. Kritiker warfen der Regierung schon früh vor, die Prioritätenliste sei ein Sammelsurium der Wunschlisten verschiedener Ministerien und reflektiere die fehlende eigene

Vorstellung von der Zukunft des Integrationsprojektes.

Aber es kam ohnehin anders als gedacht. Erst spät war klar, dass die spanische Ratspräsidentschaft die erste sein würde, die mit dem neuen Regelwerk des Vertrags von Lissabon umzugehen habe und die eigene Rolle zwischen den neuen Figuren des ständigen Ratspräsidenten und der neuen Außenbeauftragten erst suchen müsse. Im Februar 2010 stand schließlich die neue Equipe.

Die großen strategischen Linien, entlang derer sich die Ratspräsidentschaften in früheren Zeiten einen Pfad schlagen konnten, standen der spanischen Regierung und ihren erfahrenen Diplomaten nicht mehr zur Verfügung. Nach anfänglichen Versuchen, sichtbar Impulse zu setzen, musste sich die spanische Regierung damit begnügen, die enorme aber nahezu unsichtbare und damit politisch undankbare Verwaltungsarbeit zu tragen. Einige diplomatische Glanzstücke gelangen Außenminister Moratinos im Verborgenen, so der Ausgleich im Konflikt zwischen der Schweiz und Libyen oder die weitere Entspannung auf dem Balkan dank der guten Beziehungen zu Serbien. Auch konnten etliche Hürden auf dem Weg zum Entstehen des Europäischen Auswärtigen Dienstes genommen werden. Das Wirtschaftsprogramm Europa 2020 ist unter spanischer Ägide unerwartet rasch diskutiert und verabschiedet worden.

In anderen Bereichen kam es zu unverhofften Misserfolgen. Gleich zwei der geplanten Gipfel fielen aus: der mit den USA und der mit den Mittelmeeranrainern. Präsident Obama konnte der Nutzwert eines bilateralen Gipfels nicht glaubhaft gemacht werden. Das Mittelmeertreffen wäre schon vorab aufgrund der Spannungen im Nahen Osten zum Scheitern verurteilt gewesen. Das Sekretariat der Union für das Mittelmeer nahm dennoch seine Arbeit im März in Barcelona auf. Weitere Treffen wie der EU-Lateinamerika-Gipfel endeten mit nur wenig greifbaren Ergebnissen.

Die Ratspräsidentschaft fand sich nicht allein durch den Vertrag von Lissabon ins zweite Glied gestellt. Für Spanien kam eine weitere schmerzliche Erfahrung hinzu. Befangen in der eigenen Wirtschaftskrise wurde Spanien von den Partnern überkritisch beäugt. Presse und Politik, vor allem in Deutschland, sparten nicht mit Häme. Politische Gestaltungsmöglichkeiten schrumpften damit zusätzlich. So wurde der Vorschlag Zapateros, im Rahmen einer stärker koordinierten Wirtschaftspolitik der EU auch über Sanktionen nachzudenken gleich zu Beginn der Ratspräsidentschaft mit spöttischem Unterton abgetan.

Es mag ein stiller Sieg für die spanische Regierung sein, dass die Kritiker selbst

nur wenige Monate später nach stärkeren Sanktionen rufen und der Europäische Rat offiziell darüber spricht. Die großen Linien sind gleichwohl in Berlin und Paris abgestimmt worden, nicht in Madrid. So geht Spanien aus seiner vierten Ratspräsidentschaft mit der Erfahrung, dass Europa auch wehtun kann. Was Spanien aus dieser Erfahrung macht, ist noch nicht abzulesen. Verstärkt sich jedoch das Gefühl, zum Verlierer abgestempelt zu werden und damit aus der Mitte des Entscheidungsfindungsprozesses ausgeschlossen zu werden, kann auch das bisher so euphorisch gestimmte Land eine Kurskorrektur vornehmen. Dies würde aber weder Spanien noch der EU nützen.

Weiterführende Literatur:

Friedrich Ebert Stiftung: Euroland Put to the Test. Can European Monetary Union Still Be Saved?, May 2010

Ignacio Molina: 25 años después del Tratado de Adhesión: España ya no es un problema pero Europa sí sigue siendo la solución, ARI 95/2010, Real Instituto Elcano, 11. Juni 2010

José Ignacio Torreblanca: La política exterior precisa de un replanteamiento por encima y más allá de Europa, presidencia en la sombra, 9. Juni 2010

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Dr. Dominik Hierlemann dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2010/05
Europas Auswärtiger Dienst: Viel Lärm um nichts
Stefani Weiss

spotlight europe # 2010/04
Wirtschaftskrise in Mitteleuropa:
Feuerprobe der erweiterten EU
Cornelius Ochmann

spotlight europe # 2010/03
Wahlen im Irak:
Eine amerikanisch-europäische Perspektive
Laurie Dundon, Christian-Peter Hanelt

Alle Ausgaben des "spotlight europe" stehen im Internet als Download bereit: www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight